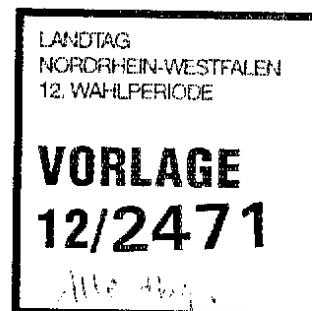


Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

zu den Gesetzentwürfen
der Landesregierung



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

- Drucksachen 12/3300, 12/3400 und 12/3550 -
- Vorlage 12/2232 -
- Vorlage 12/2283 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 11 bezogen auf den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses: Kapitel 11 010, Kapitel 11 020, Kapitel 11 021, Kapitel 11 050 (nur Titelgruppe 90), Kapitel 11 070, Kapitel 11 080, Kapitel 11 130, Kapitel 11 230, Kapitel 11 240, Kapitel 11 250, Kapitel 11 430 und Kapitel 11 900 - wird mit den sich aus dem Bericht ergebenden Änderungen angenommen.

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 16. September, am 28. Oktober, am 11. November, am 25. November sowie am 02. Dezember 1998 den Einzelplan 11 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - die Kapitel 11 010, 11 020, 11 021, 11 050 (nur Titelgruppe 90), 11 070, 11 080, 11 130, 11 230, 11 240, 11 250, 11 430 und 11 900 beraten.

Als Vorlagen sind zu den Haushaltsgesetzentwürfen der Landesregierung an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen:

Vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit 12/2232
12/2283

Von den Berichterstattern
an den Haushalts- und Finanzausschuß (Einzelplan 11) 12/2411

Die vorgenannten Unterlagen lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

In der Sitzung am 16. September 1998 erfolgte die Einführung in den Gesetzentwurf für das Haushaltsgesetz 1999 durch das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit. In der Sitzung am 28. Oktober 1998 wurden Einzelberatungen zu den Kapiteln 11 050 (nur Titelgruppe 90), 11 070 (unter Berücksichtigung der Vorlage 12/2283), 11 080, 11 130, 11 230, 11 240 sowie zum Kapitel 11 250 durchgeführt. In der Sitzung am 11. November 1998 wurden - unter Einbeziehung der 1. Ergänzungsvorlage (Drucksache 12/3400) die Kapitel: 11 010, 11 020, 11 021, 11 430, 11 900 sowie der Personalhaushalt zum Einzelplan 11 (allgemein) - detailliert beraten. In der Sitzung am 25. November 1998 erfolgte eine weitere Einzelberatung der Haushaltsansätze unter Berücksichtigung der Veränderungen durch die 2. Ergänzungsvorlage - Drucksache 12/3550 - zu den Kapiteln: 11 010, 11 020, 11 050 (nur Titelgruppe 90), 11 070, 11 080, 11 130, 11 230, 11 240, 11 250 sowie zu Kapitel 11 430.

In der Sitzung am 02. Dezember 1998 erfolgte die abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11.

Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 02. Dezember 1998 über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der CDU sowie unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge zum Einzelplan 11 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - ab.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 11 für seinen Zuständigkeitsbereich unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU an.

Bodo Champignon
Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
zum Haushaltsgesetz 1999

Anlage zu Vorlage
12/2471

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 11 010 Titel 526 10 Ministerium Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten (S. 130 Ergänzungsvorlage)</p> <p><u>Baransatz</u> von 299 000 DM Kürzung um 200 000 DM auf 99 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Eine Erstattung der Kosten für anwaltliche Vertretung von Vorgeladenen im Zusammenhang mit dem PUA I zum Maßregelvollzug ist nicht erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nein</p>

Anlage zu Vorlage
12/2471

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 11 070 Titelgruppe 60</p> <p>Krankenhausförderung und Rettungsdienst Einzelförderung der Investitionen von Krankenhäusern und mit diesen notwendigerweise verbundenen Ausbildungsstätten sowie gleichgestellten Einrichtungen nach § 19 Absatz 1 Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHG NW), S. 96</p> <p>Zuschüsse für Investitionen an freie gemeinnützige Krankenhäuser</p> <p>Baransatz von 290 095 000 DM Erhöhung um 170 000 000 DM auf 460 095 000 DM</p> <p>Titel 899 60</p> <p>Zuweisungen für Investitionen an kommunale Krankenhäuser</p> <p>Baransatz von 40 531 500 DM Erhöhung um 30 000 000 DM auf 70 531 500 DM</p>	

Anlage zu Vorlage
12/2471

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
Fortsetzung 2		<p><u>Begründung:</u> Im Krankenhausbereich besteht ein Investitionsstau von rund 3,5 Mrd. DM. Neu-, Um- und Erweiterungsbauten werden seit Jahren verschoben, die wesentliche Bausubstanz stammt aus den Nachkriegsjahren. Es ist dringend notwendig, diesen Investitionsstau abzubauen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nein</p>

Anlage zu Vorlage
12/2471

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	<p>Kapitel 11 070 Titelgruppe 63 Krankenhausförderung und Rettungsdienst Zuwendungen an Gemeinden (GV) aufgrund des Gesetzes über den Rettungsdienst und an Hilfsorganisationen in der Unfallhilfe, S. 102</p> <p>Titel 684 63 Zuschüsse an Hilfsorganisationen in der Unfallhilfe</p> <p><u>Baransatz</u> von 0 DM Erhöhung um 430 000 DM auf 430 000 DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nein</p>
		<p>Titel 883 63 Zuweisungen für Investitionen des Rettungsdienstes</p> <p><u>Baransatz</u> von 0 DM Erhöhung um 17 363 000 DM auf 17 363 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Nach dem Haushaltsgesetz 1999 und dem Haushaltssicherungsgesetz wird die Kostenregelungsbestimmung des § 15 Abs. 3 RettG aufgehoben. Damit werden keine neuen Investitionen mehr durch das Land gefördert. Dieser Rückzug des Landes gefährdet die Struktur des Rettungsdienstes in Nordrhein-Westfalen. Es muß sichergestellt werden, daß das Land auch in Zukunft seiner Verantwortung nachkommt.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 64 Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS) Titel 685 64 Zielgruppenspezifische AIDS-Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege</p> <p><u>Baransatz</u> von 830 000 DM Erhöhung um 570 000 DM auf 1 400 000 DM</p> <p><u>Verpflichtungsermächtigung</u> von 0 DM Erhöhung um 800 000 DM auf 800 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Es sollen Projekte der zielgruppenspezifischen Prävention, Beratung, Betreuung und Versorgung von Menschen mit HIV und AIDS auch 1999 gefördert werden. Hierzu gehören</p> <ul style="list-style-type: none"> - AIDS-Prävention für schwule und nichtschwule Jugendliche, frauenspezifische selbsthilfeeorientierte AIDS-Präventionsprojekte, - selbsthilfeeorientierte AIDS-Präventionsprojekte für schwule Männer sowie - Projekte zur qualitativen und strukturellen Verbesserung der Versorgung von Menschen mit HIV und AIDS. 	

Anlage zu Vorlage
12/2471

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
Fortsetzung 4		<p>In den vergangenen Jahren sind mit zahlreichen regionalen und über-regionalen Projekten im Bereich der zielgruppenspezifischen AIDS-Prä-vention deutliche Akzente für die Weiterentwicklung der Präventionsarbeit in NRW gesetzt worden. Positive Ansätze sind in der Beratung und Betreuung erzielt worden.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ja</p>

Anlage zu Vorlage
12/2471

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 080 Titelgruppe 71 Titel 653 71</p> <p>Maßnahmen für das Gesundheitswesen Bekämpfung der Suchtgefahren Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p><u>Baransatz</u> von 7 560 700 DM Erhöhung um 1 000 000 DM auf 8 560 700 DM</p> <p><u>Verpflichtungsermächtigung</u> von 1 500 000 DM Erhöhung um 4 300 000 DM auf 5 800 000 DM</p> <p>Titel 684 71 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p><u>Baransatz</u> von 26 166 300 DM Erhöhung um 1 000 000 DM auf 27 166 300 DM</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																																				
Fortsetzung 5		<p>Änderung der Erläuterungen Die Erläuterungen zu TG 71 werden wie folgt gefaßt:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Titel</th> <th>Zus.</th> <th>1999</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>... Titel</td> <td>...</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>... 653 71</td> <td>... 1999</td> <td>... mehr (+)</td> </tr> <tr> <td>... (TDM)</td> <td>... (TDM)</td> <td>... weniger (-)</td> </tr> <tr> <td>... ..</td> <td>... ..</td> <td>... (TDM)</td> </tr> </tbody> </table> <p>15. Sucht und Frauen, Schwerpunkt- prävention, Selbsthilfe, übergreifende Modellfinanzierung u. a.</p> <table border="1"> <tbody> <tr> <td>...</td> <td>2.000,0</td> <td>3.308,3</td> <td>...</td> <td>5.608,3</td> <td>...</td> <td>658,3</td> </tr> <tr> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>... Zusammen</td> <td>8.560,7</td> <td>27.166,3</td> <td>...</td> <td>38.570,0</td> <td>...</td> <td>1.940,0*</td> </tr> </tbody> </table> <p>Begründung: Die zusätzlichen Mittel dienen der Verstärkung der Drogen- und Sucht- politik entsprechend den Zielsetzungen des "Landesprogramms gegen die Sucht". 100 TDM sollen der Anschlußfinanzierung für die zur Jah- resmittel auslaufenden Modellförderung der Stiftung Wohlfahrtspflege zur Glücksspielsucht in Herford vorbehalten bleiben.</p>	Titel	Zus.	1999	... Titel 653 71	... 1999	... mehr (+)	... (TDM)	... (TDM)	... weniger (-) (TDM)	...	2.000,0	3.308,3	...	5.608,3	...	658,3 Zusammen	8.560,7	27.166,3	...	38.570,0	...	1.940,0*	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ja</p>
Titel	Zus.	1999																																					
... Titel																																					
... 653 71	... 1999	... mehr (+)																																					
... (TDM)	... (TDM)	... weniger (-)																																					
... (TDM)																																					
...	2.000,0	3.308,3	...	5.608,3	...	658,3																																	
...																																	
... Zusammen	8.560,7	27.166,3	...	38.570,0	...	1.940,0*																																	

Anlage zu Vorlage
12/2471

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6 6a)	CDU	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 71 Bekämpfung der Suchtgefahren, S. 114</p> <p>Es wird folgender neuer Haushaltsvermerk aufgenommen: "5. Die Mittel der Titelgruppe dürfen nicht verwandt werden für Drogentherapeutische Ambulanzen und/oder Fixerstuben."</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU ja BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nein</p>
6b)		<p>Titel 653 71 Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>hier: Titel 653 71-9 Nachsorge und berufliche Integration</p> <p><u>Baransatz</u> von 300 000 DM Erhöhung um 500 000 DM auf 800 000 DM</p> <p>Titel 684 71 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>hier: Titel 684 71-9 Nachsorge und berufliche Integration</p> <p><u>Baransatz</u> von 395 000 DM Erhöhung um 500 000 DM auf 895 500 DM</p> <p>Begründung: Der Haushaltsansatz für den Bereich der Nachsorge ist zu gering. Eine Vernachlässigung der Nachsorge kann allerdings den Erfolg vieler Therapien gefährden.</p>	<p>abgelehnt SPD nein CDU ja BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nein</p>

Anlage zu Vorlage
12/2471

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU (mündlich)	<p>Kapitel 11 080 Titelgruppe 75</p> <p><u>Baransatz</u> von Erhöhung um auf</p> <p><u>Begründung:</u> Durch die unkonditionierte Wiedereinstellung von 2,15 Mio DM wird der Ansatz in der Höhe des Jahres 1998 wiederhergestellt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>nein ja nein</p>

Anlage zu Vorlage
12/2471

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 75 Standortsicherung und Innovation im Gesundheitswesen</p> <p><u>Änderung des Haushaltsvermerks</u> Der dritte Haushaltsvermerk erhält die folgende Fassung: "3. Die Ausgaben dürfen bis zu 7,15 Mio DM der Einsparungen bei Kapitel 11 070 Titelgruppe 62 überschritten werden."</p> <p><u>Begründung:</u> Die Änderung des Haushaltsvermerks ist notwendig, da der Titel 685 75 im Haushaltsentwurf 1999 gegenüber dem Vorjahr um 2,15 Mio DM gesenkt worden ist. Da nicht auszuschließen ist, daß der Haushaltsansatz der Titelgruppe 62 im Kapitel 11 070 nicht vollständig ausgeschöpft wird, soll es der Landesregierung ermöglicht werden, die Titelgruppe 75 im Kapitel 11 080 mit denselben Förderungsmöglichkeiten wie im laufenden Haushaltsjahr auszustatten.</p>	angenommen SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ja

Anlage zu Vorlage
12/2471

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 080 Titelgruppe 83 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Versorgung im ambulanten und komplementären psychiatrischen Bereich und zum Ausbau des außerstationären psychiatrischen Bereichs Zuschüsse für Investitionen an Sonstige</p> <p>Titel 893 83</p> <p>Baransatz von 560 000 DM Erhöhung um 291 000 DM auf 851 000 DM</p> <p>Verpflichtungsermächtigung von 0 DM Erhöhung um 1 000 000 DM auf 1 000 000 DM</p> <p>Begründung: Die zusätzlichen Haushaltsmittel dienen der modellhaften Förderung von komplementären Angeboten in der Gemeindepsychiatrie. Dabei sind in besonderem Maße auch frauenspezifische Angebote in die För- derung mit einzubeziehen.</p>	angenommen SPD ja CDU Enthaltung BÜNDNIS 90/ ja DIE GRÜNEN

Finanzministerium

Vorlage an den
Haushalts- und Finanzausschuß
des Landtags

Anlage zu Vorlage

12/2471

12/2472

12/2473

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1999

Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
	<u>Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit</u>			
11 030	<u>Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</u>			
526 10	Wissenschaftliche Begleitung von Dienstleistungspools	180.000	+40.000	220.000
546 11	Sonstige Verwaltungsausgaben für die modelhafte Erprobung und Durchführung von Dienstleistungspools	820.000	+90.000	910.000
684 13	Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben von Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen tätig sind	1.250.000	+250.000	1.500.000
	Verpflichtungsermächtigung bisher: -- neu: 500.000			
684 21	Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von spezialisierten Beratungseinrichtungen	950.000	+300.000	1.250.000
684 24	Zuschüsse zu Maßnahmen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen	300.000	--	300.000
	Verpflichtungsermächtigung bisher: -- neu: 150.000			
684 40	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen zum Thema „Gewalt gegen Frauen und sexueller Mißbrauch an Kindern“ sowie „Sexualaufklärung und Prävention“	1.200.000	+300.000	1.500.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
11 050	Kinder-, Jugend, Familien- und Altenhilfe			
TG 61	Landesjugendplan (Haushaltsvermerke Nr.2,3,4 unverändert)			
657 61 (neu)	Haushaltsvermerk Nr.1 „Die Ausgaben der Titelgruppe sind mit Ausnahme der Titel 657 61 und 688 61 gegenseitig deckungsfähig“		+1.500.000	1.500.000
688 61 (neu)	Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe für das Aktionsprogramm „Zukunft für die Jugend: Bildung und Ausbildung“ Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe für das Aktionsprogramm „Zukunft für die Jugend: Bildung und Ausbildung“		+4.000.000	4.000.000
	Anpassung der Erläuterungen zu TG 61: neuer Unterteil Nr. 26. Aktionsprogramm „Zukunft für die Jugend“ (in TDM) Titel 657 61 bisher: -- neu: 1.500,0 Titel 688 61 bisher: -- neu: 4.000,0			
	Zu Nr. 26: Mit diesem Programm sollen 1. Benachteiligte junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf frühzeitig und in Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule durch Angebote zur Stärkung ihrer Motivation und Persönlichkeit besonders gefördert werden. 2. Die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten junger Menschen zwischen 14 und 18 Jahren weiterentwickelt und neue Ansätze im außerschulischen und außerunterrichtlichen Bereich erprobt werden. Dabei sollen auch Ansätze bi- und multinationaler Jugendarbeit einbezogen werden.			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch Erläuterung zu TG 61	Gefördert werden Träger der freien Jugendhilfe, Initiativgruppen und sonstige in diesen Bereichen tätigen Organisationen/Institutionen mit 4,0 Mio DM und Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit 1,5 Mio DM.			
11 050	Kinder-, Jugend, Familien- und Altenhilfe			
TG 68	Kosten der Durchführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 68	Zuschüsse an freie Träger	5.000.000	+2.000.000	7.000.000
TG 87	Gleichgeschlechtliche Lebensformen (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 87	Zuschüsse an freie Träger	1.008.000	+300.000	1.308.000
11 080	Maßnahmen für das Gesundheitswesen			
TG 64	Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS) (Haushaltsvermerke unverändert)			
685 64	Zielgruppenspezifische AIDS-Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege	830.000	+570.000	1.400.000
1 C	Verpflichtungsermächtigung bisher: -- neu: 800.000			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 11 080	Maßnahmen für das Gesundheitswesen			
TG 71	Bekämpfung der Suchtgefahren (Haushaltsvermerke unverändert)			
653 71	Zuweisung für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.560.700	+1.000.000	8.560.700
	Verpflichtungsermächtigung bisher: 1.500.000 Erhöhung: 4.300.000 neu: 5.800.000			
684 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	26.166.300	+1.000.000	27.166.300
	Anpassung der Erläuterung zu TG 71: Nr. 15. Sucht und Frauen, Schwerpunktthilfe, Selbsthilfe, übergreifende Modellfinanzierung (in TDM) Titel 653 71 bisher: 1.000,0 neu: 2.000,0 Titel 684 71 bisher: 2.308,0 neu: 3.308,0			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 11 080	Maßnahmen für das Gesundheitswesen			
TG 75	Standortsicherung und Innovation im Gesundheitswesen (Haushaltsvermerke Nr. 1 und Nr. 2 unverändert) Haushaltsvermerk Nr. 3 „Die Ausgaben dürfen bis zu <u>7.15</u> Mio DM der Einsparungen bei Kapitel 11 070 Titelgruppe 62 überschritten werden.“			
TG 83	Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Versorgung im ambulantem und komplementären psychiatrischen Bereich und zum Ausbau des außerstationären psychiatrischen Bereichs.			
893 83	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige Verpflichtungsermächtigung bisher: -- neu: 1.000.000	560.000	+291.000	851.000
	Einzelplanabschluß: Einnahmen Ausgaben Verpflichtungsermächtigungen	308.770.000 3.923.828.000 416.481.000	-- 11.641.000 6.750.000	308.770.000 3.935.469.000 423.231.000